DIE TAGESZEITUNG
junge Welt

PRIVAT

Ein Aufklärer

Am 14. August verstarb Herbert Schui, profilierter Kapitalismuskritiker, Ökonom und Politiker der Linkspartei. Im Gedenken an ihn veröffentlicht *jW* einen Auszug aus seinem Buch über »elitäre Menschenfeindlichkeit« von 2014.

SEITEN 12/13

GEGRÜNDET 1947 · **DONNERSTAG, 25. AUGUST 2016** · NR. 198 · 1,50 EURO (DE), 1,70 EURO (AT), 2,20 CHF (CH) · **PVST A11002** · ENTGELT BEZAHLT WWW.JUNGEWELT.DE

Militärfestspiele
Jeden dritten deutschen Sportler
2 in Rio stellte die Bundeswehr. Interview mit Ralf Buchterkirchen

Arbeitskampf
Azubis im Klinikum Frankfurt-Hoechst
5 kämpften für Festanstellung. Mit Erfolg. Von Daniel Behruzi

Wahlspektakel
USA: Korruptionsvorwurf gegen Clin-
7 ton. Trump ernennt Tea-Party-Anhänger zum Chefberater

Niedergang
Ölmacht am Bettelstab: Der OPEC-
9 Staat Nigeria durchlebt die schwerste Krise seit Jahrzehnten

Überfall auf Dscharabulus

Unterstützt von islamistischen Terrorgruppen, hat die türkische AKP-Regierung einen militärischen Angriff auf die syrische Grenzstadt begonnen. **Von Peter Schaber**

Völkerrechtswidrige Aggression: Einmarsch türkischer Truppen in Syrien am Mittwoch

REUTERS/STRINGER

Am gestrigen Mittwoch um vier Uhr Ortszeit begann die Militäroperation »Euphrat-Schild«: Nach hundertfachem Artillerie- und Raketenbeschuss aus dem türkischen Karkamis auf die syrische Grenzstadt Dscharabulus durchbrachen Baumaschinen, geschützt von türkischen Spezialeinheiten, die Grenzanlagen zu Syrien. Zwei Stunden später begannen Luftangriffe auf syrisches Territorium. Die türkischen Streitkräfte schlugen zunächst einen Korridor in Richtung der bislang vom »Islamischen Staat« (IS) kontrollierten Stadt, danach marschierten mit Ankara verbündete Einheiten syrischer Milizen aus einem eigens angelegten Camp von türkischem Gebiet aus in Dscharabulus ein.

Der autoritär regierende türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan ließ verlauten, dass das Ziel des Angriffskrieges sei, mehrere »terroristische Gruppen« aus dem Grenzgebiet zu vertreiben. »Bedrohungen« seitens dieser Gruppen – gemeint sind die demokratische Kurdenmiliz YPG und der IS – sollen ein für alle Mal unterbunden werden. Offizielles Ziel der Operation: Man wolle »terroristische Elemente« beseitigen, »humanitäre Hilfe« bringen und »eine neue Welle von Flüchtlingen« stoppen, erklärte die staatliche Nachrichtenagentur *Anadolu*.

Offenkundig ist, dass sich der Militärschlag in erster Linie gegen die kurdischen Kräfte im Norden Syriens (Rojava) richtet. Diese hatten kurz zuvor zusammen mit lokalen arabischen Milizen den IS aus der Stadt Manbidsch, 35 Kilometer von Dscharabulus entfernt, vertrieben. Der türkischen Regierung, die nie Anstalten machte, die seit 2013 vom IS besetzte Grenzstadt zu befreien, geht es ausschließlich darum, weitere Gebietsgewinne der mit der »Arbeiterpartei Kurdistans« (PKK) befreundeten syrischen Kurden zu verhindern.

Dass Erdogans Streitkräfte nicht in Syrien eingefallen sind, um dschihadistische Terroristen zu bekämpfen, zeigt sich schon an der Koalition »moderater« Rebellen, die als Bodentruppen Ankaras dienen: Mit dabei sind Kämpfer dschihadistischer Banden wie »Ahrar Al-Scham« und der turkmenischen »Sultan-Murad-Brigaden«. Sogar die Islamistenmiliz »Harka Nur Al-Din Al-Senki«, die vor kurzem weltweit bekannt wurde, weil ihre Mitglieder vor laufender Kamera ein zwölfjähriges Kind enthaupteten, nimmt offiziell an dem Einmarsch teil. Den überwiegenden Teil der Fußsoldaten Ankaras eint ein enges Verhältnis zur türkischen AKP-Regierung sowie der Wunsch, in Syrien einen islamischen Staat auf Grundlage der Scharia zu errichten.

Unter Berufung auf Augenzeugenberichte von aus Dscharabulus nach Manbidsch geflüchteten Zivilisten berichtet die Nachrichtenagentur *ANF* zudem, dass die Stadt weitgehend kampflos vom IS an die anderen dschihadistischen Gruppen »übergeben« werde. Kommentatoren sprechen von einer »Wachablöse« an der Grenze.

Im »Great Game« um Syrien markiert der zweifellos völkerrechtswidrige Angriff eine Wende: Zum einen stellen sich die Vereinigten Staaten und mit ihr der gesamte Westen durch die Unterstützung der Attacke zum ersten Mal gegen ihre bislang angeblich engsten Verbündeten: die kurdischen YPG und die von diesen geleiteten »Demokratischen Kräfte Syriens« (SDF). Zum anderen werden sich weder die Türkei noch die von ihr in Dscharabulus stationierten Dschihadisten mit der Einnahme der Grenzstadt begnügen.

Die syrische Regierung in Damaskus hat sich inzwischen an die Vereinten Nationen gewandt und spricht von einer »groben Verletzung der Souveränität«. Auch Sprecher der kurdischen Kräfte meldeten sich zu Wort. Aldar Khalil von der in Rojava dominierenden »Partei der Demokratischen Union« (PYD) sprach von einer »Kriegserklärung« der Türkei.

■ Siehe auch Seiten 3 und 8

Durchbruch in Havanna

Friedensvertrag zwischen Regierung und Guerilla Kolumbiens offenbar unterschriftsreif

In Havanna haben die Unterhändler der kolumbianischen Regierung und der FARC-Guerilla ihre Friedensverhandlungen nach fast vier Jahren offenbar abgeschlossen. Medienberichten zufolge sollte noch am Mittwoch abend (Ortszeit) der Durchbruch verkündet werden. Eine offizielle Bestätigung dafür gab es bis *jW*-Redaktionsschluss noch nicht, allerdings zeigten sich Vertreter beider Seiten in Nachrichten über den Internetdienst Twitter zuversichtlich. FARC-Comandante Iván Márquez schrieb von »Verhandlungen mit Rückenwind« und teilte mit: »Wir nähern uns immer mehr der Hoffnung auf Frieden und ein würdiges Leben.«

Die Delegationen hatten zuletzt nahezu ununterbrochen getagt, um letzte Details des umfangreichen Vertragswerkes abzuklären. Teilweise wurde über 18 Stunden am Stück verhandelt. Strittig war den Berichten zufolge unter anderem, wie die Aufständischen nach dem Niederlegen der Waffen vor Attacken durch Paramilitärs geschützt werden sollen und wie die Gründung einer legalen Partei abgesichert werden kann. Auf einem am Dienstag in Havanna veröffentlichten Foto waren der Chef der Regierungsdelegation, Humberto de la Calle, Kolumbiens Außenministerin María Ángela Holguín, Innenminister Juan Fernando Cristo, der oberste FARC-Chef Timoleón Jiménez alias »Timochenko« sowie die Comandantes Iván Márquez und Jesús Santrich zu sehen.

Die in Bogotá erscheinende Tageszeitung *El Espectador* berichtete am Mittwoch, dass die Unterhändler beider Seiten das Abkommen am heutigen Donnerstag in Havanna unterschreiben sollen. Feierlich unterzeichnet werden soll der Friedensvertrag demnach allerdings erst am 23. September im Rahmen einer offiziellen Zeremonie in Kolumbien, zu der hochrangige Persönlichkeiten aus dem In- und Ausland erwartet werden. Zudem stehen noch zwei Entscheidungen aus, für die die Termine noch nicht festgelegt wurden: Die Kolumbianer sollen in einem Referendum den Vertrag bestätigen, und die FARC berufen ihre 10. und wohl letzte Guerillakonferenz ein, damit ihre Kämpfer über das Kriegsende abstimmen. (dpa/jW)

Prozess gegen Brasiliens Präsidentin beginnt

CADU GOMES/EPA/DPA – BILDFUNK

Brasília. In Brasiliens Senat beginnt heute die letzte Stufe im Amtsenthebungsverfahren gegen Staatschefin Dilma Rousseff von der Arbeiterpartei (PT). Die 81 Mitglieder des Oberhauses entscheiden in den kommenden Tagen darüber, ob die seit Mai suspendierte, im Oktober 2014 mit mehr als 54 Millionen Stimmen gewählte Politikerin endgültig ihr Mandat und für acht Jahre das passive Wahlrecht verliert. In einem politisch motivierten Verfahren werden ihr formal eine Schönung der Haushaltszahlen und unerlaubte Ausgaben zur Last gelegt. Nach der Verfassung kann nur schwerer Amtsmissbrauch eine Absetzung nach sich ziehen. Interimspräsident Michel Temer könnte in diesem Fall bis zum Ende der Legislatur 2018 weiterregieren. Seine Regierung steht für eine politische Rechtswende. Für Rousseffs Absetzung ist ein Zweidrittelmehrheit im Senat erforderlich. (pst)

Kabinett beschließt Zivilschutzkonzept

Berlin. Die Bundesregierung hat am Mittwoch ein neues Konzept zur sogenannten Zivilverteidigung verabschiedet und damit Planungen für Kriegs- und Katastrophenfälle auf den Weg gebracht. Die Regierung begründet ihre »Konzeption zivile Verteidigung« mit einer veränderten sicherheitspolitischen Lage. Das Kabinett billigte dazu den Entwurf von Innenminister Thomas de Maizière (CDU), der bereits in den vergangenen Tagen diskutiert worden war. Unter anderem wird die Bevölkerung aufgefordert, zur Erstversorgung für fünf Tage zehn Liter Wasser pro Person vorzuhalten sowie einen Vorrat an Nahrungsmitteln für zehn Tage. Überlegungen zur Wiedereinführung der Wehrpflicht im Krisenfall und Szenarien für Einsätze des Technischen Hilfswerks (THW) sind in dem Papier ebenfalls enthalten (*jW* berichtete). Auch Hackerangriffe werden als direkte Bedrohung genannt. (Reuters/dpa/jW)

jW wird herausgegeben von 1.867 Genossinnen und Genossen (Stand 12.8.2016)
■ **www.jungewelt.de/lpg**

4 198625 901508 40034